

Der Zug nach links.

Man hört allerdings nicht viel mehr darüber reden, daß in dem deutschen Bürgertum, namentlich im deutschen Liberalismus, ein unerkennbarer Zug nach links zu bemerken sei. Die Entrechtung des Proletariats in der Reichsverfassungsordnung, woran alle Parteien, Junker, Zentrum, Nationalliberale und ein gut Teil der Freisinnigen teilnahmen, hat die Illusion zerstört, wir könnten mit einem Teil der bürgerlichen Welt erfolgreich gegen den andern Teil kämpfen. Was einst die absolute Forderung des Tages hieß, der Sturz des schwarzblassen Blods, ist nur mehr ein Wahn von vorgestern. Der schwarzblasser Blod ist seitdem in den größeren reaktionären Blod von Junkern, Nationalliberalen und Zentrum aufgegangen. Und wenn sich der ganze Freisinn diesem Blod nicht in aller reaktionären Entrechtungspraxis gegen das Proletariat anschließt, so ist dafür eine angebliche Entwicklung nach links gar nicht notwendig. Dieser Zug nach links war nur das Gespenst eines Tages: rabiate Oppositionsphrasen der aus dem Willoblod Hinausgeworfenen, die von der Volksempörung gegen die neuen Steuern etwas zu profitieren hofften.

In Wirklichkeit zeigt die ganze Entwicklung des deutschen Liberalismus einen unerkennbaren Zug nach rechts. Ursprünglich militärisch, ist sein Widerstand gegen den Militarismus immer schwächer geworden und bei der letzten Militärvorlage hörte man von Opposition nichts mehr. Früher war er gegen die Kolonialpolitik, die Hottentottenwahlen brachten den Umschlag zur Kolonialbegünstigung. Früher für den Freihandel, ist er immer mehr schutzollnerisch geworden. Früher Gegner der indirekten Steuern, war er 1909 bereit, 400 Millionen Verbrauchssteuern zu bewilligen. Früher verfochten die Liberalen den Parlamentarismus gegen den Regierungsabsolutismus; als aber 1908 eine günstige Gelegenheit da war, ein Stills Parlamentarismusgesetz zu legen, verlagte der deutsche Liberalismus vollständig.

Die moderne Entwicklung der Gesellschaft, die den Klassenkampf zwischen Kapital und Arbeit immer mehr vertieft und verschärft, bietet politisch zwei, übrigens eng zusammenhängende Erscheinungen. Nach innen eine Konzentration aller Macht der Bourgeoisie in den Händen der Regierung, während der proletarische Klassenkampf immer mehr zu einem Kampf zwischen Regierung und Proletariat wird; nach außen Weltmacht, Imperialismus, Kolonialpolitik, steigende militärische Rüstungen und wachsende Kriegsgefahr, eine Politik, die von den Arbeitern am heftigsten bekämpft wird. Sehen wir hier etwa, daß wachsende Teile des Bürgertums und immer mehr ihrer Vertreter sich an die Seite des Proletariats zum Kampfe gegen die Stärkung der Regierungsmacht und gegen die Weltmacht stellen? Das wäre in der Tat ein Zug nach links, der wirklich diesen Namen verdient. Aber gerade das Umgekehrte ist der Fall, der Imperialismus findet weder bei dem Liberalismus noch bei dem Zentrum irgend welchen Widerstand mehr. Beide Parteien sind durch ihren Bewilligungseifer für Militär- und Flottenforderungen, ihre Preisgabe der Parlamentsrechte und ihrer Stärkung des Absolutismus die Mitschuldigen, daß die Kriegsgefahr nach außen wie die Schärfe des Klassenkampfes im Innern aufs höchste gesteigert sind.

Der marxistisch geschulte Arbeiter, der weiß, daß die politischen Erscheinungen ihre Wurzel in der wirtschaftlichen Entwicklung finden, wundert sich über diese Wandlung des Liberalismus nicht und er würde sich daher auch nicht durch einen zeitweiligen entgegengesetzten Schein täuschen lassen. Die moderne Bourgeoisie muß den Weg zum Imperialismus und zur Stärkung der Regierungsgewalt einschlagen, weil ihr tiefstes Klassenempfinden Furcht vor dem Proletariat und Furcht vor dem Sozialismus ist. Dabei müssen die bürgerlichen Parteien, wenn auch zögernd, mit, und steht ihnen dabei der Ballast ihrer alten Prinzipien im Wege, so müssen diese einfach über Bord. Mit vollem Rechte können die liberalen Politiker ihre reaktionäre Stellungnahme mit der Klage entschuldigen, daß ihre Wähler noch viel reaktionärer als sie selbst sind. Mit diesem in den wirtschaftlichen Verhältnissen begründeten Zug nach rechts verschwindet immer mehr die Möglichkeit eines gelegentlichen Bündnisses zwischen Sozialdemokratie und Liberalismus, wovon unsere Revisionisten so gern träumen.

Aber gerade hier tritt für diese Politik ein neues Argument auf. Aus demselben theoretischen Zusammenhang von Politik und Klassenrennung wurde neulich in den sozialistischen Monatsheften die Notwendigkeit eines Zusammenhangens von Liberalismus und Sozialdemokratie abgeleitet. Wir reden immer von der Bourgeoisie als der Klasse, die hinter dem Liberalismus steht. Aber inzwischen ist eine neue Klasse emporgekommen, die immer mehr die Masse jener Partei bildet und daher ihre Politik beherrschen muß und diese Klasse sieht der Arbeiterpartei ganz anders gegenüber. Der neue Mittelstand — die Privatbeamten, die freien Berufe, die Intelligenz — steht an Zahlenstärke schon an den alten Mittelstand heran; er hat aber die wichtigsten Interessen mit dem Proletariat gemeinsam und diese Gemeinsamkeit der Interessen, die sich gegen die veralteten Traditionen der liberalen Parteiführer durchsetzen wird, macht ein Zusammengehen der liberalen und der sozialistischen Partei nicht nur möglich, sondern auch notwendig.

Diese Beweisführung für die Blodpolitik hat den Vorteil, wunderschön marxistisch auszusehen. Lehrt der historische Materialismus nicht, daß die Parteien mit ihren Programmen nur Organisationen der gesellschaftlichen Klassen mit ihren verschiedenen Interessen sind? Daher hat man es hier mit einer schablonenhaften, mechanistischen Auffassung des Marxismus zu tun, die aus einem lebendigen Zusammenhang eine tote Formel macht. Wäre es richtig, daß die Klassenzusammensetzung einer Partei ihre Politik bestimmt, so hätte die frühere Politik der bürgerlichen Parteien ganz anders aussehen müssen. Nach diesem Rezept hätten wir, als das Zentrum noch seine großen Arbeitermassen vollständig musterte, nichts

besseres tun können, als uns mit ihm zur gemeinsamen Politik zu verbinden. Aus dieser praktischen Konsequenz zeigt sich schon die Hinfälligkeit der Beweisführung. Sie verkennt die Entwicklung, wodurch der Geist des Menschen erst allmählich die Wirklichkeit erfährt und danach handelt. Die Arbeitermassen waren zuerst einfach Stimmvieh für die bürgerlichen Parteien; diese bildeten deshalb befehlende Arbeiterparteien, sondern sie vertraten die Interessen bürgerlicher Gruppen. Die Arbeiter gehörten ihnen nur an, weil sie glaubten, das seien auch ihre Interessen; erst als sie ihre wirklichen Interessen erkannten, traten sie zur sozialistischen Partei über.

Nicht die Klassenzusammensetzung bestimmt das Wesen einer Partei, sondern das Klasseninteresse, das sie durch ihr Programm vertritt. Wenn eine eben gegründete sozialistische Partei mehr intellektuelle als Arbeiter enthält, ist sie um nichts weniger durch Programm und Ziel eine echte Arbeiterpartei. Die Entwicklung der Arbeiterbewegung bedeutet nichts andres, als daß die Volksmasse sich allmählich zurechtfindet, wo sie hingehört, und die Zusammensetzung der Parteien immer mehr ihren Programmen entspricht.

Wenn nun eine Partei mit bürgerlichem Programm größtenteils aus Arbeitern besteht, müssen wir uns dann nicht mit ihr verbinden? Gerade umgekehrt, wir müssen sie aufs schärfste bekämpfen. Denn ihr Wesen ist Arbeiterbetrug; wir müssen die Arbeiter von ihr loslösen und sie uns angliedern — sei es Mann für Mann, oder indem die ganze Partei unser Programm übernimmt und sich mit uns verschmilzt. Diese Aufklärung wird durch ein Bündnis gelähmt, durch den scharfen prinzipiellen Kampf gefördert.

Wenn es also richtig wäre, was über die neue Erfolgshaft des Liberalismus behauptet wird, so ergäben sich daraus noch nicht die blodpolitischen Konsequenzen. Die Natur des neuen Mittelstands macht es verständlich, daß er den alten liberalen Ideen anhängt; aber kann man behaupten, daß seine wirtschaftlichen Interessen in den liberalen Grundgedanken ihren Ausdruck finden? An Privatwirtschaft und Privateigentum haben sie kein Interesse. Für die niederen Schichten der Privatangehörigen — die besser bezahlten Beamten und Intelligenzien gehen in Furcht vor dem Proletariat und dem Sozialismus der eigentlichen Bourgeoisie nichts nach — gilt also, daß sie vom Liberalismus, der die Interessen ihrer Meister zum Ausdruck bringt, losgelöst werden müssen, was allerdings bei ihren starken Vorurteilen nur langsam und schwer geschehen kann. Soweit das aber möglich ist, wird es nicht durch eine liberalsozialistische Kooperation, sondern nur durch eine prinzipielle und scharfe Bekämpfung des Liberalismus möglich sein.

Reorganisation der Parteileitung.

Genosse Dittmann schreibt im Vorwärts:

Bei der Stellungnahme zum diesjährigen Parteitag ist in den Wahlkreisorganisationen der Partei vielfach eine Verkleinerung des Parteivorstandes um zwei oder drei Sekretäre gefordert und allgemein damit begründet worden, daß die Entfaltung größerer Initiative und Aktivität auf allen Gebieten der Parteibetätigung durch die Leitung der Partei ermöglicht werden müsse. Entsprechende Vorschläge sind aus Nord und Süd und Ost und West an den Parteitag gestellt worden, so daß die Frage der Erweiterung des Parteivorstandes jedenfalls den Parteitag ernstlich beschäftigen wird. Da dürfte es angebracht sein, einmal zu untersuchen, ob die Parteileitung in ihrer heutigen Form überhaupt noch dem von der Gesamtpartei erkommene Entwicklungsstadium entspricht, ob das riesige Wachstum der Partei und die Vermehrung und Differenzierung ihrer Aufgaben — die im Laufe des letzten Jahres die Gliederung und die innere Struktur ihres Gesamtkörpers so wesentlich verändert haben — denn auch in einer entsprechenden Umgestaltung der Parteileitung ihren notwendigen Ausdruck gefunden haben.

Im ersten Jahrzehnt nach dem Fall des Sozialistengesetzes, also unter der anschließlichen Geltung der losen Organisationsform, ist unsere Parteileitung in ihrer inneren Zusammensetzung völlig unverändert geblieben. Sie bestand aus 12 Personen, und zwar aus 2 ehrenamtlichen Vorsitzenden, 2 besoldeten Schriftführern, 1 besoldeten Kassierer und 7 ehrenamtlichen Kontrollleuten. Als 1900 mit dem Fall des Verbindungsverbots für politische Vereine die Übergangsperiode von der losen Organisationsform zur Form der geschlossenen Vereinsorganisation für die Partei eingeleitet wurde, da trennte man die bis dahin aus achtzehn Mitgliedern unter der Bezeichnung „Parteileitung“ formell vereinigt gewesenen Körperschaften Parteivorstand und Kontrollkommission voneinander, ergänzte den bisher fünfköpfigen Vorstand durch 2 von der Kontrollkommission zu wählende ehrenamtliche Beisitzer und verstärkte die Kontrollkommission von 7 auf 9 Mitglieder, also ebenfalls um 2 Köpfe. In den nächsten 5 Jahren hatte das Vereinsprinzip sich in der Parteiorganisation vollständig durchgesetzt und 1905 wurde die Zentralisation offiziell anerkannt. Parteivorstand und Kontrollkommission blieben von dieser wichtigen Umgestaltung ihrer Struktur nach unberührt. Es wurde lediglich ein besoldeter Sekretär mehr in den Parteivorstand gewählt und 1908 ein zweiter. Seitdem ist sowohl die Zahl der Vorstandsmitglieder und der Kontrollleute wie auch die Struktur und Kompetenz der beiden obersten Parteikörperschaften völlig unverändert geblieben, wenn man von der 1908 erfolgten Einzuwahl einer Beisitzerin zum Parteivorstand abliest.

Aber gerade seit 1908 datiert für die Partei in ihrer Gesamtheit eine neue Epoche ihrer Entwicklung. Eine Fülle neuer Aufgaben sind ihr seitdem erwachsen durch die systematische Inangriffnahme des Bildungswezens und der Jugendbewegung, durch die größere Bewegungsfreiheit für die Frauen, durch die gemeinsamen Aktionen von Partei und Gewerkschaften, durch die Förderung der Genossenschaftsbewegung, durch das Eindringen in das preußische Junkerparlament, durch das Aufkommen politischer Massenaktionen von früher unbekanntem Umfang und Charakter usw. Unsere Mitglieder- und Abonnenzenziffern, die Zahlen unserer Gemeindevertreter und Abgeordneten in den Einzelmandatlagen, sind ununterbrochen rapid gestiegen, der beste Beweis, daß die Partei über ihren neuen Aufgaben ihre alten nicht vernachlässigt hat. Zur Bewältigung all dieser Arbeiten ist die Partei im letzten Jahr fünfmal nach und nach zur Anstellung eines Stabes von Bezirks- und Wahlkreissekretären genötigt gewesen und zur Errichtung einer Anzahl zentraler Institutionen, die zum Teil gemeinsam mit den Gewerkschaften ins Leben gerufen sind. Es sei nur erinnert an den Bildungsausschuß, die Parteischule, die Jugendzentrale, die Parteiforschungsbüro, das Berliner Pressebureau, das Düsseldorf Pressebureau, das literarische Bureau usw.

Vergegenwärtigt man sich angesichts alles dessen, daß die Parteileitung während all dieser gewaltigen Veränderungen

keinerlei nennenswerte Erweiterung erfahren hat, so dürfte ohne weiteres klar sein, daß hier ein arges Mißverhältnis vorliegt. Wenn auch die unendliche Masse der Kleinarbeit, die im komplizierten Betrieb unserer Parteibetätigung zu leisten ist, von einem Heer von Funktionären verrichtet wird, und wenn auch in den Wahlkreisen und Agitationsbezirken vielfach Parteiangestellte vorhanden sind, um die ganze Maschinerie in Bewegung zu halten, so wäre es doch grundsätzlich anzunehmen, die Zentrale der Partei brauche von alledem keine Mehrarbeit zu bekommen. Wer allerdings dem Grundgedanke huldigt, „was mich nicht brennt, das las ich nicht“, der wird vielleicht sogar meinen, der Parteivorstand werde durch die Sekretäre in den Wahlkreisen und Provinzen und durch die neuerrichteten Parteiministere fortwährend immer mehr entlastet, so daß er eher verringert als verstärkt werden könnte. Aber eine solche Auffassung überläßt vollständig, daß durch das Wachstum unserer Bewegung und die Vermehrung und Differenzierung der Parteiaufgaben fortgesetzt neue Probleme erwachsen, die eine Lösung heischen, und daß die Arbeit der Zentrale sich in immer stärkerem Maße in Dispositions- und Qualitätsarbeit verwandelt muß, die nur bei dem genauesten Vertrautsein einerseits mit den minutiösesten Details der Dinge und andererseits wieder mit ihren allgemeinsten und weitestgehenden Zusammenhängen geleistet werden kann. Der Ueberblick über alle Gebiete der Parteibetätigung und das tiefere Eindringen in sie wird auch in der Zentrale für den einzelnen immer mehr unmöglich. Wie in der Gesamtpartei, muß sich auch in der Zentrale die Arbeitsteilung nach den einzelnen Tätigkeitsgebieten der Partei nach und nach durchsetzen, es muß dort zu einer regelrechten Reorganisierung kommen. Diese Frage ist längst hinausgewachsen über eine lediglich im engen Kreise der Parteileitung interessierende innere Verwaltungsmaßnahme, sie ist mehr und mehr zu einer Frage von großer organisatorischer Bedeutung für die Gesamtpartei geworden, und ihre Lösung bedeutet zugleich eine völlige Reorganisation der Parteileitung, sowohl im Sinne einer beträchtlichen Vermehrung der besoldeten Kräfte im Parteivorstand wie im Sinne einer offiziell durchgeführten inneren Gliederung in seinem Schoße. Man frage einmal an bei unsern Genossen, die auf den einzelnen Spezialgebieten im Vordergrund stehen, was alles solche von der Parteizentrale ausgehende, organisch in sie eingeleitete Förderung- und Pflegestellen zu tun bekommen könnten, und man wird gewiß das Bedürfnis und die Notwendigkeit dafür nicht mehr in Zweifel ziehen, wenn man sich vorher darüber nicht klar gewesen sein sollte. Es herrscht seit Jahren in der Partei ohne Unterschied der Richtungen ganz allgemein die Ueberzeugung, daß es auf allen Gebieten des Parteilebens an der notwendigen Initiative der Parteileitung und an ihrem innigen Konnex mit den Gliedern der Partei fehle. Besonders bei den inneren Differenzen in der Partei ist das von beiden Seiten wiederholt betont worden. Ebenso einhellig hat man von beiden Seiten des öfteren schon — wenn auch meist nur beiläufig — zur Abhilfe auf ähnliche Maßnahmen hingewiesen, wie sie hier im Zusammenhang erörtert werden.

Um konkreter zu zeigen, wie etwa bei dem heutigen Stande der Parteientwicklung eine Reorganisierung im Parteivorstande beschaffen sein könnte, sei bemerkt, daß vielleicht 10—12 Spezialgebiete mit je einem besoldeten Sekretär in Frage kommen könnten und daß je zwei verwandte Spezialgebiete zu einem Ressort zu vereintigen wären, in dem sich die beiden betreffenden Sekretäre gegenseitig zu vertreten haben würden. Es sei beispielsweise folgende Einteilung angeführt, um das Gefüge noch mehr zu veranschaulichen:

- I. Ressort:
 - 1. Allgemeines und Reichspolitik. — 2. Ausland- und internationale Beziehungen.
- II. Ressort:
 - 1. Sozialpolitik. — 2. Gewerkschaftswesen.
- III. Ressort:
 - 1. Landespolitik. — 2. Kommunalpolitik.
- IV. Ressort:
 - 1. Presse und Literatur. — 2. Bildungswesen.
- V. Ressort:
 - 1. Frauenbewegung. — 2. Jugendbewegung.
- VI. Ressort:
 - 1. Organisation. — 2. Finanzwesen.

Bei einer derartigen oder ähnlichen Ressortbildung in der Parteizentrale wäre die Möglichkeit gegeben, daß die allseitig gewünschte wirksame Förderung auf allen Gebieten des Parteilebens tatsächlich erfolgen könnte, wenn überall der rechte Mann an den rechten Platz gestellt würde. Durch die vorgeschlagene wechselseitige Vertretung je zweier Ressortsekretäre — für die räumliche Zusammenarbeiten wohl unerlässliche Vorbedingung sein müßte — wäre zugleich die weitere Möglichkeit geschaffen, daß notwendig werdende Reisen nach irgendwelchen Orten, zu wichtigen Parteizusammenkünften usw., weder ausgeschlossen noch gänzlich unterlassen zu werden brauchen, und trotzdem die Erledigung wichtiger Arbeiten des Ressorts in der Zentrale nicht darunter zu leiden brauchte. Außerdem wäre auch die Zahl der ständig in der Zentrale anwesenden Vorstandsmitglieder eine so große, daß jederzeit wichtige Beschlusshaltungen des Vorstandes als Körperschaft erfolgen könnten, was heute naturgemäß mangels seiner Schwirrigkeiten haben muß. Es dürfte überflüssig sein, besonders zu betonen, daß ohnehin etwa wöchentlich zweimal regelmäßige Gesamtvorstandssitzungen stattfinden müßten, in denen ähnlich wie in den Stadtmagistraten und in den Ministerien die Ressortsekretäre die wichtigeren Angelegenheiten ihres Ressorts zum Vortrag zu bringen und der Beschlusshaltung des Gesamtvorstandes zu unterbreiten hätten.

In einem solchermaßen zusammengesetzten Vorstande würde naturgemäß das bürokratische Element — 10 bis 12 besoldete Sekretäre gegenüber 2 unbesoldeten Vorsitzenden und 2 oder 3 gleichfalls unbesoldeten Beisitzern — ein starkes Übergewicht besitzen, das paralytisch werden müßte. Diese Paralytierung wäre möglich durch die auch aus andern Gründen erforderliche Ausgestaltung der Kontrollkommission zu einem erweiterten Parteiausschuß. Auch dieser Gedanke ist durchaus nicht neu; er liegt vielmehr seit Jahren (sozusagen in der Luft und ist auch wiederholt bereits — wiederum von Genossen beider Richtungen — ausgeprochen worden. Die Vielgestaltigkeit des Parteilebens und die Notwendigkeit guter und forschauber Vertrautheit der Parteileitung mit der Stimmung der Parteimasse im ganzen Reich lassen es bei den Entscheidungen über wichtige politische Aktionen ratsam erscheinen, daß der Parteivorstand erweitert wird um eine Vertretung der Parteigenossen der einzelnen Bundesteile. Dieser erweiterte Parteiausschuß müßte dieselbe Stärke besitzen als der Parteivorstand, nach dem oben angeführten Beispiel also aus 14 bis 17 Personen. Er könnte, wie schon angedeutet, durch eine — 5 bis 7 Personen betragende — Vertretung der Kontrollkommission und eine Erweiterung ihrer Befugnisse gebildet werden. Heute ist die Kontrollkommission eigentlich nur zur Revision der Kassen- und Geschäftsführung und zur Entscheidung über Beschwerden gegen den Parteivorstand befugt, bei aller Wichtigkeit und Notwendigkeit immerhin doch nur eine recht untergeordnete und einflußlose Tätigkeit. Soweit rein rechnungsmäßige Nachprüfungen in Frage kommen, bei denen kein besonderes Parteiinteresse es unerwünscht erscheinen lassen könnte, dürften die Revisionen ebenso von beiden Bundesratsleuten vorgenommen werden können, so daß die Kontrollkom-